

2. Tagung des 8. Landesparteitages

CCe Kulturhaus, Spergauer Straße 41a, 06237 Leuna



Antragsheft 1

20. und 21. November 2021

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einladung und Parteitageorganisation	3 - 6
Entwurf der Tagesordnung	7
Entwurf des Zeitplanes	8 - 9
Geschäftsordnung des 8. Landesparteitages	10 - 13
Arbeitsgremien des 8. Landesparteitages	14 - 15
Leitantrag „... Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“	16 - 31
<u>Anträge zur Änderung der Landessatzung</u>	
Antrag „Doppelt quotierte Redeliste“	32
Antrag „Mandatszeitbegrenzung“	33
Antrag „Zusammensetzung des Landesvorstandes“	34
Antrag „Begrenzung der Plätze für Mandatsträger:innen und Mitarbeiter:innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand“	35
Antrag „Generationengerechtigkeit bei Landeslisten zu Wahlen“	36
Antrag „Transparenz bei Listenaufstellungen zu Landtags- und Bundestagswahlen“	36
Antrag „Anzahl der Delegiertenmandate“	37
Antrag „Begrenzung der Ausübung eines Mandates im Landtag oder Bundestag“	38
Antrag „Struktur des Landesvorstandes“	38
Antrag „Kriterien zur Erstellung eines Listenvorschlages für Landtagswahlen“	39
Antrag „Doppelspitze in der Landtagsfraktion“	39
Antrag „Änderung der Kommunalverfassung im Sinne des Beschlusses des BVerfG vom 29.04.2021“	40
<u>Anträge zur Änderung der Landesfinanzordnung</u>	
Antrag „Änderung der Landesfinanzordnung in § 4 – Abgaben kommunaler Mandatsträger:innen“	41
Antrag „Änderung der Landesfinanzordnung in § 4 – Funktionszulagen Mandatsträger:innen“	41
Bisher bekannte Kandidaturen (Stand: 18. Oktober 2021)	42 – 43

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
verehrte Gäste,

wir laden herzlich ein zu unserem nächsten Landesparteitag.

**Die 2. Tagung des 8. Landesparteitages findet vom 20. bis 21. November 2021 statt.
Tagungsort ist das CCe Kulturhaus Leuna, Spergauer Straße 4 1a, 06237 Leuna.**

In deren Mittelpunkt werden die Auswertung der Landtags- und Bundestagswahl sowie die Neuwahl des Landesvorstandes und weiterer Gremien des Landesverbandes der Partei DIE LINKE sowie der Mitglieder des Bundesausschusses 2022/2023 stehen.

Hinweise zum Antragsverfahren

09. Oktober 2021: Veröffentlichung des Leitantrages

Gemäß § 16 Absatz (5) unserer Landessatzung wurde der Leitantrag sechs Wochen vor dem Parteitag veröffentlicht. Er geht den Delegierten mit diesem Antragsheft zu und ist auf der Website des Landesverbandes sowohl als PDF-Datei (Antragsformat) als auch in Textform verfügbar unter: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/8-parteitag-2-tagung/dokumente/>

12. November 2021, 10.00 Uhr: Antragsschluss für Änderungsanträge

Änderungsanträge zum Leitantrag, zu anderen Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und zu ordentlichen Anträgen sind gemäß Geschäftsordnung des 8. Landesparteitages bis spätestens sieben Tage vor Beginn des Landesparteitages – **bis zum 12. November 2021, 10.00 Uhr** – schriftlich zur Weiterleitung an die Antragskommission bei der Landesgeschäftsstelle einzureichen.

Dringlichkeits- oder Initiativanträge, also Anträge, die sich aus der politischen Situation nach dem Antragsschluss oder aus dem Parteitag heraus ergeben, bedürfen nach § 16 Absatz (5) der Landessatzung für eine Behandlung im Plenum der Unterschrift von mindestens 10 Prozent der stimmberechtigten Delegierten. Hierfür gibt es keine satzungsgemäß festgelegte Antragsfrist, sie können auch unmittelbar während des Landesparteitages eingebracht werden.

Adresse für Änderungsanträge:

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Fax: 0391 7324848
E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Organisatorisches

Hygienekonzept

für die 2. Tagung des 8. Parteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
am 20. und 21. November 2021
im CCE Kulturhaus Leuna, Spergauer Straße 41A, 06237 Leuna

Verantwortlichkeiten:

Zur Vorbereitung und Durchführung steht die Landesgeschäftsführerin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Zum Objekt:

Das CCE ist ein modernes Kultur- und Kongress-Zentrum. Der Carl-Bosch-Saal dient mit einer Gesamtfläche von 630m² als Veranstaltungs- und Eventlocation für Veranstaltungen bis 830 Personen.

1. Allgemein:

1.1. Die hier beschriebenen Maßnahmen sind durch den Veranstalter, die Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, zwingend durchzusetzen. Es findet zu Beginn der Tagung bei Betreten des Kulturhauses eine Einweisung der Delegierten in das Hygienekonzept statt. Hierfür wird eine Unterschriftenliste angefertigt, die die Unterrichtung in das Hygienekonzept protokolliert. Die Vorgaben des Infektionsschutzkonzeptes des CCE Kulturhauses sind vollumfänglich zu beachten.

1.2. Die teilnehmenden Delegierten und Gäste melden sich vor der Veranstaltung schriftlich für diese an. Auf der Internetseite des Landesverbandes DIE LINKE. Sachsen-Anhalt und in den Einladungen wird auf das Hygienekonzept verwiesen. Der Zutritt wird gestaffelt gewährt, um Warteschlangen zu vermeiden.

1.3. Die Teilnehmer:innen werden mit der Anmeldebestätigung darauf hingewiesen, dass sie mit Krankheits-Symptomen, die dem Corona-Virus zugeschrieben werden, nicht am Parteitag teilnehmen können. Teilnehmende mit plötzlich auftretenden, erkrankungstypischen Symptomen, welche auf SARS-CoV-2-Infektionen schließen lassen, teilen dies umgehend der Veranstaltungsleitung mit und begeben sich in ärztliche Untersuchung.

1.4. Weiterhin von der Teilnahme ausgeschlossen sind Personen, die zum Stichtag 06.11.2021 bis zu Beginn des Parteitages am 20.11.2021 mit positiv getesteten Menschen persönlichen Kontakt hatten oder selbst positiv getestet wurden.

1.5. Bei der Anmeldung hinterlassen die Teilnehmer:innen ihren Namen, Adresse, E-Mailkontakt und/oder Handynummer, sodass die Nachverfolgbarkeit gewährleistet ist. Diese Anmeldedaten werden 4 Wochen lang beim Veranstalter gespeichert und werden dann gelöscht (sofern keine andere Notwendigkeit vorliegt). Im Fall der Delegierten, werden die Daten aus der Mitgliederdatenbank zum Abgleich verwendet.

1.6. Die Teilnehmer:innen, die sich für die Teilnahme am Ort angemeldet hat, bekommen einen festen Sitzplatz zugewiesen.

2. Aufenthalt / Abstandsgebot

2.1. Der Zutritt zum Objekt unterliegt der 3G Regel (geimpft, getestet, genesen). Ein entsprechender amtlicher Nachweis ist zwingend erforderlich und wird vor Ort kontrolliert. Die Teilnehmer:innen sind verpflichtet, den Mindestabstand von 1,50 Meter einzuhalten. Im Tagungsraum sind die Konferenztische und Laufgänge entsprechend eingerichtet. Das Tragen von FFP2-Masken oder OP-Masken ist bis zum Sitzplatz Pflicht. Am Sitzplatz ist das Abnehmen der Maske unter Einhaltung des Abstandes zulässig. Beim Verlassen des Sitzplatzes ist das Tragen einer FFP2-Maske oder OP-Maske Pflicht.

2.2. Das Verzehren von Speisen ist nur an den ausgewiesenen Plätzen erlaubt. Die Teilnehmer:innen werden darauf hingewiesen, dass das Teilen von Essen und Getränken untersagt ist, den Empfehlungen hinsichtlich Abstands-, Hust- und Nieshygiene sowie Händedesinfektion ist Folge zu leisten.

2.3. Das Aufstellen von Infoständen und das Verteilen von Material auf den Tischen im Saal, im oder vor dem Objekt ist untersagt.

3. Maskenpflicht

3.1. Die Teilnehmer:innen sind verpflichtet, beim gemeinsamen Aufenthalt in geschlossenen Räumen und gleichzeitig eintretenden Situationen, in welchen der Mindestabstand von 1,50 Meter nicht gewährleistet werden kann, eine Mund- und Nasenbedeckung zu tragen. Am Sitzplatz kann vom Tragen einer Maske abgesehen werden, wenn der Mindestabstand von 1,50 m eingehalten werden kann, beim Verlassen des Sitzplatzes gilt es eine FFP2-Maske oder OP-Maske zu tragen.

3.2. Die Tragezeit der jeweiligen Maske ist stets zu beachten. Bei Bedarf hat die benutzte Maske durch eine neue ersetzt zu werden.

3.3. Über den korrekten Umgang und die Handhabung mit der Mund- und Nasenbedeckung werden die Teilnehmenden bei der Anmeldung durch Einweisung in das Hygienekonzept unterrichtet.

4. Desinfektionsmaßnahmen und Lüftung

4.1. Der Veranstalter sorgt für ausreichend Pausen zum Lüften und Desinfektionsmittel im Saal sowie Handwaschmittel im Zugangsbereich und auf den Toiletten. Regelmäßige Desinfektionen haben entsprechend der behördlichen Vorgaben durch alle Teilnehmenden zu erfolgen.

Versorgung vor Ort

Essen und Getränke sind ganztägig auf Selbstzahlerbasis erwerbbar. Wir haben uns um eine sozialverträgliche Preisgestaltung bemüht.

Kinderbetreuung

Auf dem Landesparteitag wird es aufgrund der Corona-Lage keine Kinderbetreuung geben können. Hier bitten wir um euer Verständnis.

Website

Alle Informationen zum Landesparteitag sind auch im Internet auf der Website des Landesverbandes veröffentlicht: <https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/8-parteitag-2-tagung/dokumente/>

Bitte um Rückmeldung

Aufgrund der Hygienevorschriften und der geltenden Abstandsregelungen bitten wir um unbedingte Rückmeldung bezüglich der Teilnahme/Nichtteilnahme an die Landesgeschäftsstelle (Telefon: 0391/7324840 oder per Mail lgst@dielinke-lsa.de).



Stefan Gebhardt
Landesvorsitzende



Sabine Krems-Jany
Landesgeschäftsführerin

Tagungsort

CCe Kulturhaus Leuna
Spergauer Straße 41a
06237 Leuna

Anfahrt mit dem öffentlichen Nahverkehr

Der Bahnhof Merseburg befindet sich in der Nähe des Tagungsortes. Von dort aus ist der Tagungsort mit der Straßenbahnlinie 5, ab Haltestelle „Merseburg/Zentrum“ in Richtung Leuna, Haltestelle „Am Haupttor“ erreichbar. Von dort aus sind es noch 5 Minuten Fußweg bis zum Kulturhaus.

Sollte Hilfe bei der Anreise benötigt werden, meldet bitte den Bedarf für einen Transfer bis zum **15. November 2021** unter der Telefonnummer: 0391 7324840 oder per E-Mail: lgst@dielikne-lsa.de an.

Parkplätze

Parkplätze befinden sich direkt am Tagungsobjekt und in der näheren Umgebung.

Entwurf

Tagesordnung

der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. November 2021 in Leuna

1. Eröffnung
2. Konstituierung des Landesparteitages (Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
3. Rede des Landesvorsitzenden / Einbringung Leitantrag
4. Aussprache zur Rede des Landesvorsitzenden / Leitantrag (Generaldebatte)
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes
7. Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
8. Aussprache zu den Berichten
9. Bestätigung der Berichte und Entlastung des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevisionskommission
10. Wahl der/des Landesvorsitzenden
11. Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
12. Wahl der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
13. Wahl der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
14. Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
15. Rede der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
16. Aussprache zum Bericht der Fraktion
17. Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission, der Landesfinanzrevisionskommission und des Bundesausschusses für 2022/2023
18. weitere Anträge und Beschlussfassungen
19. Schlusswort der/des neu gewählten Landesvorsitzenden

Entwurf

Zeitplan

der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. November 2021 in Leuna

Samstag, 20. November 2021

- 10.00 Uhr Eröffnung
- 10.05 Uhr Konstituierung des Landesparteitages
(Bestätigung der Tagesordnung und des Zeitplans)
- 10.25 Uhr Rede des Landesvorsitzenden / Einbringung des Leitantrages
- 10.55 Uhr Aussprache zur Rede der Landesvorsitzenden und zu den Berichten
(Generaldebatte)
- 12.50 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 13.00 Uhr Pause
- 13.45 Uhr Beschlussfassung zum Leitantrag des Landesvorstandes
- 14.45 Uhr Berichte des Landesvorstandes, der Landesschiedskommission, der
Landesfinanzrevisionskommission und des Landesausschusses
- 15.00 Uhr Aussprache zu den Berichten
- 15.20 Uhr Bestätigung der Berichte und Entlastung
- 15.30 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen/Kandidaten zur
Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 15.50 Uhr Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.20 Uhr Bekanntgabe des Wahlergebnisses zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
- 16.30 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der stellvertretenden
Landesvorsitzenden
- 16.50 Uhr Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 17.20 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse der stellvertretenden Landesvorsitzenden
- 17.25 Uhr Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der
Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers
- 17.40 Uhr Aufstellung der Kandidatin/des Kandidaten zur Wahl der
Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters
- 17.55 Uhr Wahl der Landesgeschäftsführerin/des
Landesgeschäftsführers und der Landesschatzmeisterin/
des Landesschatzmeisters
- 18.10 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Landesvorstand
(Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
- 18.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Landesgeschäftsführerin/
den Landesgeschäftsführer und die Landesschatzmeisterin/den
Landesschatzmeister
- 18.40 Uhr Fortsetzung Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den
Landesvorstand (Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung)
- 19.15 Uhr Wahl der Liste zur Sicherstellung der Mindestquotierung für den
Landesvorstand
- 19.30 Uhr Ende des ersten Beratungstages

Sonntag, 21. November 2021

- 10.00 Uhr Fortsetzung der Beratung, Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 10.10 Uhr Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die gemischte Liste zur Wahl des Landesvorstands
- 10.55 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 11.00 Uhr Wahl der gemischten Liste für den Landesvorstand
- 11.15 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion (Bericht)
- 11.35 Uhr Aussprache zum Bericht der Fraktion
- 12.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die gemischte Liste
- 12.40 Uhr Mittagspause
- 13.25 Uhr Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesfinanzrevisionskommission (mindestens 3), Landesschiedskommission (mindestens 6), den Bundesausschuss (4 Mitglieder/2 Ersatzmitglieder)
- 14.15 Uhr Wahlgänge
- 14.40 Uhr weitere Anträge und Beschlussfassungen
- 15.30 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse für die Gremien
- 17.00 Uhr Schlusswort

Geschäftsordnung

des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages am 20. März 2021)

I. Leitung/Arbeitsgremien/Aufgaben und Befugnisse

1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und – sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird – in offener Abstimmung
 - das Tagungspräsidium
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Wahlkommission
 - die Antragskommission

Das Tagungspräsidium und die Kommissionen werden quotiert und getrennt voneinander gewählt. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden.

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet. Es bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.
3. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.
4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

II. Regeln in der Debatte

5. Stimm- und Rederecht haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmer:innen mit beratender Stimme haben Rederecht. Gästen kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.
6. Die Tagungsleitung ruft die Tagungsordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Redner:innen zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und kann das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen.

7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme zugunsten anderer Redner:innen ist nicht möglich.
8. Die Reihenfolge der Redner:innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für Diskussionsredner:innen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die Antragsteller:innen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner:innen zu stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an Diskussionsredner:innen begrenzen.
9. Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagungsordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagungsordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht auf diese Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner:innen zu verlesen.
10. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Diese sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

III. Antragstellung/Antragsarten/Beschlussfassung

11. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend und angemeldet ist.
12. Fristgemäß eingereichte Anträge sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesausschuss zu überweisen.
13. Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten.
14. Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
15. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.
16. Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf die vorliegenden Anträge beziehen und diese ändern sollen. Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens

7 Tage vor Beginn der Tagung bei der Landesgeschäftsstelle zur Weiterleitung an die Antragskommission einzureichen.

Zur Begründung von Änderungsanträgen erhalten zunächst die Antragsteller:innen das Wort, die Redezeit beträgt 2 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt 1 Minute.

17. Der/die Antragsteller:innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt. Der Parteitag kann dieser Übernahme auf mündlichen Antrag einer/eines Delegierten in jedem Einzelfall widersprechen.
18. Dringlichkeitsanträge sind selbstständige Anträge zu besonderen politischen Ereignissen oder grundsätzlichen politischen bzw. gesellschaftlichen Veränderungen, deren Anlass nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn der Tagung, eingetreten ist.
Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt.
Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 10 Prozent der gewählten Delegierten auch unmittelbar auf dem Landesparteitag eingebracht werden.
19. Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw. zum Schließen oder Wiedereröffnen der Redeliste. Sie können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redner/innenliste gestellt werden. Sie werden unmittelbar behandelt. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner:in dagegen und ein/e Redner:in dafür das Wort, die Redezeit beträgt für die Antragsteller:in sowie Gegen- und Fürredner:in 1 Minute. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
20. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anderslautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird oder sofern die Satzung nichts anderes bestimmt.
Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Bei Gleichheit der Ja- und Nein-Stimmen gilt der Antrag als abgelehnt.
Die Abstimmung erfolgt durch das Erheben der Delegiertenkarte.
Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler:innen ein, die dann tätig werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn von der Tagungsleitung kein eindeutiges Ergebnis ermittelt werden kann.

IV. Weitere Regelungen

21. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden weiblichen Delegierten ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden. Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.
22. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
23. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Über den Ablauf ist eine Niederschrift sowie ein Ton- oder Videomitschnitt zu fertigen und zu archivieren.
24. Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.
25. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Arbeitsgremien

des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 8. Landesparteitages am 20. März 2021)

Tagungspräsidium

Ute Haupt	Halle (Saale)
Rosemarie Hein	Magdeburg
Angelika Klein	Mansfeld-Südharz
Marion Krischok	Halle (Saale)
Carola Kunde	Mansfeld-Südharz
Katrin Kunert	Stendal
Gudrun Tiedge	Börde
Jutta Walther	Saalekreis
Petra Weiher	Anhalt-Bitterfeld
Robert Berndt	Saalekreis
Mario Blasche	Stendal
Roland Claus	Salzlandkreis
Andreas Henke	Harz
Guido Henke	Börde
Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
Hendrik Lange	Halle (Saale)
Uwe Loos	Wittenberg
Jan Röttschke	Halle (Saale)

Mandatsprüfungskommission

Vera Baryshnikow	Magdeburg
Birgit Kaaden	Wittenberg
Bettina Kutz	Anhalt-Bitterfeld
Helga Poost	Harz
Niklas Radtke	Harz
Lukas Wanke	Halle (Saale)

Antragskommission

Janina Böttger	Halle (Saale)
Christina Buchheim	Anhalt-Bitterfeld
Sabine Dirlich	Salzlandkreis
Kerstin Eisenreich	Saalekreis
Silke Wolf	Börde
Christian Arnd	Magdeburg
Frank Brozowski	Dessau-Roßlau
Gerald Grünert	LAG Kommunalpolitik
Karsten Lippmann	Harz
Philipp Rögnitz	Dessau-Roßlau

Wahlkommission

Renate Bauer	Wittenberg
Ina Emanuel	Stendal
Heidemarie Fischer	Börde
Sandra Heiß	LAG Bildungspolitik
Anja Krimmling-Schoeffler	Halle (Saale)
Nadja Lüttich	Altmarkkreis Salzwedel
Stefanie Mackies	Halle (Saale)
Sigrid Reinicke	LAG Kommunalpolitik
Katrin Schulz	Altmarkkreis Salzwedel
Stefanie Schulz	Stendal
Karin Stöbe	Dessau-Roßlau
Ute Tichatschke	Harz
Daniel Feuerberg	Mansfeld-Südharz
Lukas Hirtz	Magdeburg
Klaus Magenheimer	Salzlandkreis
Bodo Meerheim	Halle (Saale)
Raik Ohlmeyer	Altmarkkreis Salzwedel
Tim Radosta	Börde
Justin Reichert	Wittenberg
Kevin Schlamann	Stendal
Matthias Schütz	Anhalt-Bitterfeld
Detlef Tichatschke	Harz
Elias Zarrad	Wittenberg

3
4
5
6 **Leitantrag**

7
8 **an die 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei**
9 **DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 20. und 21. November 2021 in Leuna**

10
11
12
13
14 **„... Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“**

15
16
17 Das Wahlergebnis vom 26. September ist für uns ein Desaster und ein letzter Weckruf gegen
18 ein „Weiter so“!

19
20 Die letale Gefahr für DIE LINKE ist auch nicht dadurch gebannt, dass uns der Gewinn von drei
21 Direktmandaten das parlamentarische Überleben im Bundestag gerettet hat.

22
23 Ja, es hätte noch schlimmer kommen können, aber das sollte kein Grund zur Entwarnung
24 sein. Dennoch: Dank an Gesine Löttsch, Gregor Gysi und Sören Pellmann. Und natürlich
25 danken wir auch und gerade angesichts der Niederlagen allen unseren Wähler:innen,
26 Kandidierenden, Unterstützer:innen und Wahlkämpfer:innen. Alle wussten, dass sie gegen
27 den Strom schwimmen mussten.

28
29 Die Ursachen der Niederlagen bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl sind
30 identisch oder ähnlich, wir als Landesverband sind aber verpflichtet, besonders gründlich die
31 Landtagswahl auszuwerten und damit vor der eigenen Haustür zu kehren.

32
33
34 **Die Ursachen der Niederlagen**

35
36 **Andauernde inhaltliche Unentschiedenheit (die Enthaltungs- oder Remis-Partei)**

37
38 Der Kompromiss in der Bundespartei und der Bundestagsfraktion wurde über den Kampf um
39 gesellschaftlichen Einfluss gestellt. In der Fraktion hatten sich zwei konträre Richtungen zur
40 Mehrheitsbildung verabredet. Die Folge der Unentschiedenheit war ein Mangel an klaren
41 Botschaften. Die Aussagen waren zu oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert.
42 Beispiele:

- 43 • Ost-Interessen wurden nur verschämt artikuliert. Wir wollten gesamtdeutsch werden und
44 sind westdeutsch geworden.
- 45 • Überbordende Ausgaben-Versprechen wirkten unglaubwürdig, weshalb wir auch mit den
46 guten Renten- und Steuerkonzepten nicht wirken konnten.
- 47 • Die Entscheidung der Fraktion zum Afghanistan-Abzug war destruktiv.

- 48 • Der weitgehende Verzicht auf linke Industriepolitik hat viele traditionelle
49 Unterstützer:innen verstört.

50

51 **Zurschaustellung innerparteilicher Konflikte, besonders der Konflikt um/mit Sahra** 52 **Wagenknecht**

53

54 Beispiele:

- 55 • Kein Info-Stand ohne die Kritik: „wie ihr mit Sahra Wagenknecht umgeht“, aber auch
56 permanente Anheizung der Konflikte durch Sahra selbst („Sahra und die anderen
57 Selbstgerechten“)
- 58 • Die Kritik an der eigenen Partei als auch den Ausschlussantrag hat ganz Deutschland
59 registriert.
- 60 • Der Neustart mit beiden Parteivorsitzenden hatte nur Umfrage-Kurzzeit-Effekt.

61

62 **Verkettung von für uns ungünstigen äußeren Faktoren**

63

- 64 • SPD-CDU-Kopf-an-Kopf-Rennen im Bund. Armin Laschet war der laue, aber ausreichende
65 Wind unter den Flügeln der SPD.
- 66 • CDU-AfD-Vorhersagen in Sachsen-Anhalt.

67

68

69 **Das Ergebnis der Landtagswahl ist eine schmerzende Niederlage.**

70

71 Das Ergebnis der Landtagswahl ist eine schmerzhafteste Niederlage. Nach dem doch deutlichen
72 Nackenschlag zur Landtagswahl 2016, fährt unsere Partei in Sachsen-Anhalt erneut deutlich
73 weniger Stimmen ein als bei vorhergehenden Wahlen und vor allem deutlich weniger als die
74 Zielvorgabe. Das Ziel 20 + X und zweitstärkste Partei zu werden, erscheint vor dem
75 Wahlergebnis als deutlich zu hoch gegriffen auch in Anbetracht vorhergehender Landtags-,
76 Europa- und Kommunalwahlen.

77

78 **Dank an alle Unterstützer:innen und Kandidierende**

79

80 Trotz der Niederlage: Wir sagen all denen herzlichen Dank, die für uns gekämpft haben. All
81 jenen, die sich in diesen schwierigen und oft unsicheren Zeiten der Corona-Pandemie in
82 einem kräftezehrenden Wahlkampf engagiert haben, neben der Wahlzeitung unzählige Flyer
83 und Postkarten unter die Menschen und in die Briefkästen gebracht haben, neue digitale oder
84 analoge Formate ausprobiert und durchgezogen haben, die an Veranstaltungen (auch mit
85 neuen Formaten) teilgenommen und uns als Partei vertreten haben. Dieser Wahlkampf war
86 anders als alle, die wir vorher erlebt haben. Gerade auch für eine Partei, die von der
87 Interaktion mit Menschen lebt, die mit den Menschen ins Gespräch kommen will, war dieser
88 Wahlkampf nicht immer leicht. Unsere Kandidierenden haben zusammen mit den
89 Kreisverbänden mit Leidenschaft und Ideen gekämpft. Wir danken den vielen älteren
90 Genoss:innen, die oft an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gehen. Ausdrücklich gilt unser Dank
91 den Mitarbeiter:innen der Landesgeschäftsstelle, die die Stadt- und Kreisverbände immer
92 verlässlich unterstützt haben und zu jeder Zeit als Ansprechpartner:innen zur Verfügung und
93 im engen gemeinsamen Austausch mit den Stadt- und Kreisverbänden standen. Wir bedanken
94 uns vor allem bei unseren Spitzenkandidat:innen Eva von Angern und Jan Korte für einen
95 leidenschaftlichen, empathischen und angriffslustigen Wahlkampf, der beiden Anerkennung
96 und wachsende Bekanntheit in Sachsen-Anhalt gebracht hat. Auch den Genoss:innen aus den

97 anderen Landesverbänden, die uns personell oder in den sozialen Medien enorm unterstützt
98 haben sagen wir Danke. Ein besonderer Dank für die Unterstützung vor Ort gilt dabei vor
99 allem auch unseren Vertreter:innen von Bundestag und Parteivorstand.

100

101

102 **Auswertung der Landtagswahl**

103

104 Zu den Gründen dieser Niederlage ist viel zu sagen und die Analyse ist mit diesem
105 Landesparteitag bei weitem nicht abgeschlossen. Die Partei steht vor einem Umbruch,
106 dessen Weg in den nächsten Jahren begleitet und geebnet werden muss. Lasst uns
107 gemeinsam über die Gründe, aber vor allem über die Schlussfolgerungen und die
108 anstehenden Aufgaben für unseren Landesverband diskutieren.

109 Die Wahlniederlagen bei der Bundestags- und den Landtagswahlen in mehreren
110 Bundesländern sind hausgemacht. Dazu gibt es natürlich spezifische Probleme in den
111 einzelnen Ländern.

112 Für Sachsen-Anhalt sehen wir die folgenden zusätzlichen Einflussfaktoren.

113

114 **Zuspitzung Ministerpräsident oder AfD**

115

116 Durch die Zuspitzung „CDU-Ministerpräsident oder AfD“ gelang es der CDU in den beiden
117 Wochen vor der Wahl Wähler:innen zu mobilisieren. Auch Auswertungen der
118 Briefwahlergebnisse lassen vermuten, dass in der Wahlkabine am Wahltag deutlich mehr
119 Menschen lieber die CDU gewählt haben, um ein Erstarken der AfD zu verhindern. Dies führte
120 zu Stimmenverlusten bei den Parteien DIE LINKE, SPD, GRÜNE und vermutlich auch FDP. Die
121 Umfragen suggerierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen CDU und AfD, wer stärkste Partei
122 werden würde, welches es so real wahrscheinlich gar nicht gab. Zwischen den Umfragen und
123 den tatsächlichen Ergebnissen der CDU liegen 6 -10 Prozentpunkte und der Abstand
124 zwischen CDU und AfD lag am Ende bei etwas mehr als 16 Prozentpunkten.

125

126 Der Ministerpräsident hatte es aber geschafft, sich glaubhaft als Verhinderer einer CDU-
127 geführten Minderheitsregierung mit Duldung der AfD oder sonst einer Konstellation mit der
128 AfD zu inszenieren. Mag es einen selbst bei diesem Gedanken noch so sehr schütteln, die
129 CDU als Bollwerk gegen die AfD zu wählen, so hat diese Polarisierung zugunsten der CDU
130 funktioniert.

131

132 Realistisch muss man aber auch im Gegensatz zum Wahlabend einschätzen, dass diese
133 Polarisierung zwar nicht spurlos an unserem Wahlergebnis vorbeigegangen ist, jedoch nur
134 einen kleinen Teil dessen erklären kann.

135

136 DIE LINKE verlor im Saldo 14.000 Stimmen an die CDU, 6.000 an die Grünen, 4.000 an die
137 FDP, 3.000 an die SPD, 2000 an die AfD und 11.000 an Nichtwähler sowie 4.000 an
138 Kleinparteien.¹ Diese Verluste lassen sich nur zum kleineren Teil mit der Zuspitzung auf die
139 Frage „CDU oder AfD“ erklären. Der größere Teil der Verluste hat offensichtlich mit der
140 mangelnden politischen Bindungskraft unserer Partei zu tun, was zu breit verteilten
141 Neuorientierungen von ehemaligen Wähler:innen führt. Eine eindeutige politische Botschaft
142 für die Partei ist daraus eher nicht abzuleiten.

¹ Vgl. Tagesschau, Erhebung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt:

<https://www.tagesschau.de/inland/waehlerwanderung-sachsen-anhalt-gross-101.html> (Saldo von Verlusten und Gewinnen)

143 **Amtsinhaberbonus des Ministerpräsidenten**

144

145 Auch dieser Trend vergangener Landtagswahlen in anderen Bundesländern setzte sich fort,
146 der Amtsinhaber Rainer Haseloff konnte sein Amt verteidigen. Bei den letzten
147 Landtagswahlen sowohl in den alten als auch den neuen Bundesländern konnten jeweils die
148 Amtsinhaber:innen ihre Ämter verteidigen, meist jedoch mit Verlusten für ihre Parteien.
149 Haseloff ist es dagegen gelungen, seine Partei auf den Erfolgskurs zu bringen und deutlich
150 dazuzugewinnen, was auch dazu führte, dass die CDU bis auf eines alle Direktmandate
151 gewonnen und viele davon von der AfD zurückgewonnen hat. Damit dürfte sich auch die CDU
152 leider in ihrem Kurs bestätigt sehen, auch was den Umgang mit der AfD angeht. Auch mag die
153 Pandemie als Krisensituation, in der Wähler:innen eher auf Stabilität und Sicherheit setzen als
154 auf grundlegende Veränderung, dem Amtsinhaber in die Hände gespielt haben. In der
155 Pandemie hielten darüber hinaus Regierung und Regierungschef das Heft des Handels in der
156 Hand. Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie wurden auf dem Verordnungswege und
157 damit weitestgehend am Parlament vorbei auf den Weg gebracht. Es gab kaum
158 Mitspracherecht und damit auch Wahrnehmung für uns als Oppositionspartei.

159

160 Allerdings stellte eine infratest dimap Umfrage Ende April 2021 fest, dass die Zustimmung
161 zum Corona-Krisenmanagement der Landesregierung unter den Anhänger:innen der LINKEN
162 am größten war, größer als bei den Anhänger:innen der Regierungsparteien.

163

164 **Bundestrend gab keinen Rückenwind**

165

166 Der erhoffte Rückenwind von Bundesebene im Jahr der Bundestagswahl blieb aus. Zu lange
167 stand die Partei bundespolitisch vor allem durch interne Blockaden und Querelen im Fokus
168 der Öffentlichkeit und potenzieller Wähler:innen. Pandemiebedingt wurden die
169 Bundesparteitage mehrfach verschoben. Die mit der Wahl der beiden neuen
170 Bundesvorsitzenden einhergehende Vermittlung von Geschlossenheit und Aufbruch kam
171 damit für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt deutlich zu spät. Horst Kahrs schreibt in seiner
172 Wahlanalyse darüber hinaus, „aber auch weil in einem schrumpfenden Flächenland, in dem es
173 lediglich zwei mittelgroße Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern gibt, das Konzept einer
174 bewegungsorientierten Parteilinie sich nur schwer tun kann.“

175

176 Diese Einschätzungen beziehen sich auf Sachsen-Anhalt. Allerdings haben sie, zumindest
177 wenn man die Wahlergebnisse zugrunde legt, Gültigkeit in ganz Ostdeutschland. Dies
178 festzuhalten ist deshalb wichtig, weil unser Nachdenken darüber, was wir verändern müssen,
179 auf die wirklichen Ursachen konzentriert werden muss und nicht auf die vermeintlich
180 leichteren einfachen Antworten. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-
181 Vorpommern ist man mit unterschiedlichen Voraussetzungen und unterschiedlichen
182 Wahlkampfstrategien angetreten, zum Teil mit länger bekannten Persönlichkeiten der
183 Landespolitik, in Brandenburg mit einer Doppelspitze, bei der zumindest ein Teil relativ neu
184 auf der landespolitischen Bühne war, in Sachsen aus der Rolle der ewigen Opposition, in
185 Brandenburg als Regierungspartei, in Sachsen mit einer Wahlkampagne, die auf den
186 demokratischen Sozialismus setzt, in Sachsen-Anhalt eine, die sich auf
187 Verteilungsgerechtigkeit öffentlicher Daseinsvorsorge und Ostdeutschland konzentriert. Trotz
188 dieser unterschiedlichen Voraussetzungen und Herangehensweisen waren die Ergebnisse
189 faktisch identisch. Das Problem der Partei zumindest in Ostdeutschland liegt tiefer. Allerdings
190 offenbart auch ein Blick in den Westen, dass dort die gesellschaftliche Wirksamkeit gemessen
191 an Wahlergebnissen und der Mitgliederentwicklung zumindest stagniert. Deshalb kann auch

192 die Problembeschreibung der Parlamentsfixierung wohl kaum als zentrale Fehlerursache
193 identifiziert werden. Deshalb ist es wichtig, so wie Rosemarie Hein (Sprecherin Stadtverband
194 Magdeburg) es in ihrer Wahlanalyse tut, die längerfristigen Entwicklungen in der Partei und
195 bei unseren Wähler:innen zu analysieren.

196

197 **Strukturelle Ursachen**

198

199 Lassen sich aus den vorher genannten Gründen vor allem kurzfristige Effekte ableiten, so wird
200 doch klar, dass dieses Wahlergebnis eben nicht nur Folge von kurzfristigen Effekten war,
201 sondern eines strukturellen Problems der LINKEN vor allem in Ostdeutschland.

202

203 Rosi Hein stellt unter anderem in ihrer Wahlauswertung fest: „Offensichtlich handelt es sich
204 bei diesen Wahlergebnissen nicht um eine Momentaufnahme, eine unglückliche Fügung in
205 Zeiten der Pandemie, ein Umfragetief, aus dem man schnell oder mittelfristig wieder
206 herauskommt. Es ist auch nicht auf Sachsen-Anhalt beschränkt, auch wenn Ergebnisse aus
207 Thüringen und Bremen etwas anderes erhoffen lassen. Um der Sache auf den Grund zu
208 kommen, lohnt es sich, längere Reihen zu verfolgen (hier am Beispiel der Landtagswahl in
209 Sachsen-Anhalt). Auffällig ist: 30 Jahre nach der Wende ist die PDS/LINKE wieder bei den
210 Wahlergebnissen von 1990 angekommen.“

211

212 Auch Karsten Stöber (Mitglied Stadtverband Magdeburg) hält in seiner Auswertung der
213 Wahlen² fest: „DIE LINKE im Osten steckt in einem Dilemma: Die Überalterung der Partei und
214 der Wähler:innenschaft führt zu überproportionalen Verlusten durch das Ableben von Partei-
215 Anhängern. (...) In den nächsten 15 Jahren wird die Partei einen Großteil ihrer
216 Traditionswähler:innen verloren haben – ein Verlust, den sie nur überleben wird, wenn es ihr
217 gelingt, neue Wähler:innen zu generieren.“ Dies muss uns vor allem über die Generationen
218 hinweg, sowohl bei jungen Erwachsenen, Jungwähler:innen, den Menschen der mittleren
219 Altersgruppe als auch bei älteren Menschen gelingen.

220

221 Dieser Verlust an Wähler:innen ist natürlich nicht alleine auf demografische Faktoren
222 zurückzuführen, sondern auch auf andere Gründe wie einen fehlenden Gebrauchswert
223 unserer Partei. Wir haben es auch nicht verstanden, ehemalige Wähler:innen aus dem
224 Nichtwähler:innenlager zurückzuholen.

225

226 „Wir haben viele Menschen nicht mehr erreicht, die wir vorher erreichen konnten. Das zeigen
227 die Wählerwanderungen. Zwar gelang es bundesweit mehr junge Kräfte zu binden und auch
228 neue Wähler:innengruppen zu erschließen. Es bleibt aber festzustellen, dass gerade der
229 Aufschwung im Westen weniger substanzielle Verbesserungen bei den Wahlergebnissen
230 brachte als erwartet. (...). Die Verluste an Wähler:innen im Osten sind vielleicht nicht in
231 absoluten Zahlen, aber in der Wirkung auf die Situation der Gesamtpartei ungleich größer als
232 der Gewinn im Westen.“³

233

234 Mit den Wahlergebnissen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und im Bund gerät
235 die Partei noch tiefer als ohnehin in die Klemme zwischen notwendiger programmatischer
236 und strategischer Erneuerung, Verjüngung und der für Wahlerfolge unverzichtbaren
237 Wiedererkennbarkeit bei der weit größeren Gruppe der älteren Wähler:innen.

² Karsten Stöber: „Einschätzungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“, Seite 9 und 10.

³ Rosemarie Hein „Wahlauswertung – strategische Überlegungen 2021“, 23.08. 2021, Seite 1.

238 **Fehlender Gebrauchswert für Wähler:innen**

239

240 Auch lässt sich für Sachsen-Anhalt feststellen, dass seit dem Rekordergebnis 2009 auf dem
241 Höhepunkt der Hartz-IV-Proteste von 32,4 Prozent die PDS/Linkspartei/DIE LINKE immer
242 weiter verloren hat. Dies hat mehrere Gründe. Einerseits ist es uns nicht gelungen diese
243 Protestwähler:innen zu halten (Enttäuschung, dass Hartz IV eben nicht abgeschafft werden
244 konnte), andererseits verloren wir auch bei den Stammwähler:innen, sei es aus
245 Altersgründen, Wegzug oder eben zu großen Teilen aus Enttäuschung über Streit, falsche
246 Themensetzung usw. und konnten gleichzeitig keine oder nur in geringem Maße neue
247 Wähler:innengruppen erschließen. Während uns seit 2013 schon teilweise die Piratenpartei
248 den Rang bei Protestwähler:innen ablaufen konnte, schaffte es die AfD 2016 mit einem
249 fulminanten Einzug in den Landtag. Im Vergleich zu 2016 hat sie auch nur marginal verloren.

250

251 Das heißt, der Verlust von Wähler:innen geht auch mit einem schwächelnden Gebrauchswert
252 einher. Gebrauchswert kann für Wähler:innen ganz unterschiedlich sein, Protestartikulation,
253 tatsächliche Veränderung durch Regierungsbeteiligung, Druck auf die Regierenden usw. Zu
254 spät haben wir erkannt, dass wir für viele Menschen keinen eindeutigen und überzeugenden
255 Gebrauchswert mehr erfüllen. Sicherlich sind Erfahrungen an Infoständen nicht repräsentativ,
256 jedoch waren die Bekundungen bei dieser Wahl mehr als deutlich, von Beschimpfungen über
257 Sätze wie „Euch haben wir bis jetzt immer gewählt, aber ihr konntet ja auch nichts verändern“
258 bis hin zu dröhnendem Desinteresse.

259

260 Die PDS/Linkspartei/DIE LINKE hatte in ihrer Vergangenheit vor allem zwei große
261 Zuschreibungen. In den 90er Jahren war sie authentische Vertreterin der Interessen der
262 Ostdeutschen nach der Wende, in den 2000er war sie Vertreterin derjenigen, die gegen Hartz
263 IV und für einen Mindestlohn gekämpft haben. Heute, so scheint es, gibt es keine so
264 eindeutige Zuschreibung mehr. Sie ist Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Das ist und bleibt
265 unser Markenkern. Und dennoch muss man zur Kenntnis nehmen, dass viele Wähler:innen
266 diese Zuschreibung nicht teilen oder sie für sie nicht wahlentscheidend war.

267

268 Hinzu kommt, dass mit der Stärke der Linkspartei das Versprechen einer neuen sozialen Idee
269 einherging, jedoch kamen vielmehr Konzepte aus alten Zeiten und neue Denkansätze, die
270 eher wenig mit dieser neuen sozialen Idee zu tun hatten.

271

272 In der Wahrnehmung vieler Wähler:innen, so scheint es, hat DIE LINKE diese neue soziale Idee
273 nicht umsetzen können. Selbst prominente Mitglieder wie Inge Hannemann haben sich von
274 der Partei abgewendet, weil sie nach ihrer Wahrnehmung gerade das von Hartz-IV betroffene
275 Klientel nicht mehr vertreten würde und weil andere Themen in der innerparteilichen Debatte
276 dominiert haben. Natürlich teilen nicht alle diesen Befund, wir hätten die Arbeiter:innen
277 vernachlässigt. Man muss aber die Unzufriedenheit, die sich hier artikuliert, wahrnehmen und
278 auch dass wir es nicht geschafft haben, spürbare Verbesserungen für Arbeitslose oder
279 Arbeiter:innen herbeizuführen.

280

281 Das Problem der nicht vorhandenen Solidarität in der Bevölkerung ist unter anderem auch
282 darauf zurückzuführen, dass sie selbst wenig praktische Solidarität erfahren haben.

283

284

285

286

287 **Umsetzung der Wahlstrategie**

288

289 Die strategische Vorgabe der Wahlstrategie, vor allem die CDU herauszufordern und auf der
290 anderen Seite sich auch als Hauptherausforderin der CDU (vor AfD und allen anderen
291 Parteien) zu positionieren, ist nur zu Teilen aufgegangen. Zu dieser Strategie gab es keine
292 Alternative, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Rot-Rot-Grün nicht funktioniert hat,
293 und persönliche Auseinandersetzung wurde nicht als politische Alternative wahrgenommen.

294

295 Schien es in der Anfangsphase auf eine Zuspitzung Haseloff vs. von Angern hinauszulaufen,
296 wurde dies von den Umfragen und der daraus geschlussfolgerten Zuspitzung „Haseloff oder
297 AfD“ im letzten Drittel des Wahlkampfes übermalt.

298 Im Wahlkampf selbst ist es uns auch durch die Person Eva von Angern gelungen, unsere
299 Kernthemen des Landesparteitagsbeschlusses von Plötzky⁴

- 300 • Sozialer Zusammenhalt statt Spaltung der Gesellschaft durch Armut
- 301 • Gute Sozialpolitik braucht eine stabile Wirtschaft, gerade im Wandel
- 302 • Zugang zu Bildung und Wissenschaft gerechter machen
- 303 • Wohnortnahe Gesundheits- und Pflegesystem gewährleisten
- 304 • Ländliche Räume nicht länger abhängen
- 305 • Keinerlei Nationalismus und Rassismus dulden
- 306 • Kommunale Selbstverwaltung zurückgewinnen
- 307 • Zukunftsfaktor OST zu setzen⁵.

308

309 **Das Plakat**

310

311 Mit dem Plakat „Nehmt den Wessis das Kommando“ und der Untersetzung in einem weiteren
312 Plakat („Löhne und Renten auf Westniveau“) ist es gelungen, provokant und prominent das
313 Thema „Ost-West-Gerechtigkeit“ im Wahlkampf zu setzen. Karsten Stöber analysiert in seiner
314 Wahlauswertung dazu: „Aus medialer Sicht war die Kampagne ein Volltreffer. Das mediale
315 Echo war immens, selten ist es einem Landesverband gelungen, mit einem Wahlkampfthema
316 sogar bundesweit und über mehrere Wochen für Schlagzeilen zu sorgen. (...) Der strategische
317 Schachzug, mit einer populistischen Zuspitzung für einen Aufschrei zu sorgen, um im zweiten
318 Schritt das Thema inhaltlich zu untersetzen und eine Debatte anzustoßen, schien perfekt.“⁶
319 Mit diesem Plakat sollten insbesondere jene angesprochen und von der LINKEN überzeugt
320 werden, die sich zu Recht über die nach wie vor vorhandene Ungleichbehandlung
321 Ostdeutscher empören und/oder schmerzhaft Erfahrungen während und nach der Wende
322 gemacht haben. Das Problem vieler enttäuschter Ostdeutscher war vor allem, dass ihre
323 Lebenserfahrung in der gesellschaftlichen Debatte nicht mehr vorkam.

324

325 DIE LINKE konnte in der Folge nach wie vor hohe Werte in puncto Ostkompetenz vorweisen
326 (wenngleich sie auch hier Prozente verlor), sie ließen sich jedoch nicht in der gewünschten

⁴ Beschluss der 2. Tagung des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt am 11.10.2020 in Plötzky: https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download_lsa/Parteitage/7_LPT_2_Tagung/Beschluesse/2020-10-11-Beschluss_Leitantrag_Solidaritaetstatt_Ellenbogen_final.pdf

⁵ Eine vom Landesverband in Auftrag gegebene Studie hatte ergeben, dass vor allem die Renten- und Lohnangleichung Ost an West den Menschen unter den Nägeln brannte. Bei der Benennung von wahlentscheidenden Projekten für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt lag dieses Thema mit 67 Prozent auf Platz 1. (Befragungszeitraum der Umfrage: 23. -29.9. 2020)

⁶ Karsten Stöber: „Einschätzungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“, Seite 9 und 10.

327 Masse in Wähler:innenstimmen umwandeln. Es zeigt, „eine Provokation kurz vor der Wahl
328 allein reicht nicht aus, um die Politikverdrossenheit von Nicht-Wähler:innen aufzubrechen.
329 Insbesondere dann, wenn sich ein Vertrauensverlust gegenüber PDS/DIE LINKE über Jahre
330 verfestigt hat.“^{7 8}

331

332 Wir können konstatieren, dass man mit dem Thesenpapier „Nehmt den Wessis das
333 Kommando! – Einstieg in eine notwendige Debatte“ erneut eine mediale Aufmerksamkeit
334 erreichen konnte, wurde dies in überregionalen Zeitungen aufgenommen, es aber innerhalb
335 der eigenen Partei weniger Widerhall fand als das Plakat.

336

337 Schlussendlich muss man selbstkritisch bemerken, dass das Thema in den letzten Jahren zu
338 wenig für die Menschen fassbar aufbereitet und zu spät weiterentwickelt wurde, von den
339 legitimen Empörungen zu anschaulichen, generationsübergreifenden Forderungen. Hierin
340 besteht die Aufgabe an uns als Partei. Die Anerkennung ostdeutscher Biografien und
341 Leistungen generationsübergreifend anzusprechen und auch die damit einhergehenden
342 Probleme und Ungerechtigkeiten, wie fehlende Repräsentanz, Lohnlücke usw. nach vorne
343 aufzumachen, um auch über das eigene Stammwähler:innen-Potenzial hinaus zu mobilisieren
344 und anzusprechen.

345

346 **Personalisierung im Wahlkampf**

347

348 Mit dem Beschluss des Landesvorstandes zur Wahlstrategie im Juli 2020 und dem Beschluss
349 der 2. Tagung des 7. Landesparteitages in Plötzky wurde der Rahmen für die
350 Spitzenkandidatur von Eva von Angern gelegt. Im Vordergrund der Strategie und der daraus
351 folgenden Personalisierung stand die Herausforderung der CDU. Diese regiert seit ca. 20
352 Jahren in wechselnden Koalitionen und hat das Land mit einem Mehltau überzogen. Zusätzlich
353 wurde in der Corona-Pandemie immerfort das Parlament bei der Entscheidungsfindung über
354 Maßnahmen außen vor gelassen, was direkt auf den Ministerpräsidenten und die
355 Abstimmungen in der Ministerpräsidentenkonferenz zurückzuführen ist.

356

357 Eine Polarisierung zwischen AfD und CDU sollte unbedingt vermieden werden, da auch bei
358 anderen Landtagswahlen in den neuen Bundesländern DIE LINKE dadurch stark an Stimmen
359 eingebüßt hatte. Im rot-rot-grünen Lager behielt DIE LINKE durchgehend ihre
360 Führungsposition.

361

362 Die Wahlkampagne und der Wahlkampf wurden auf die Person Eva von Angern als
363 Vermittlerin und authentische Vertreterin des Kampfes gegen Ungleichheit, Kinderarmut und
364 für Gleichberechtigung von Mann und Frau, aber auch der Ostdeutschen, ausgelegt, jedoch
365 ohne sie explizit als Ministerpräsident:innenkandidatin darzustellen. Mit der Person der
366 Spitzenkandidatin wurden vor allem Themen verknüpft, wie in der Wahl- und
367 Kommunikationsstrategie angelegt.

368

369 Die Zuspitzung als Herausforderin des Ministerpräsidenten ergab sich auch aus der
370 Konstellation innerhalb des rot-rot-grünen Lagers. Im Nachgang muss man jedoch
371 eingestehen, dass das progressive Lager zu keiner Zeit vermocht hatte, als ein solches Lager
372 geschlossen aufzutreten und damit für sich zu werben noch durch Umfragen überhaupt

⁷ Text teilweise aus Wahlauswertung von Karsten Stöber entnommen.

⁸ Karsten Stöber, Seite 9.

373 deutlich machen konnte, dass ein solcher Politikwechsel gemeinsam überhaupt möglich ist.
374 Dies hat für keine der drei Parteien oder Spitzenkandidatinnen Rückenwind bewirken können.

375
376 Ferner muss man zumindest konstatieren, dass im Moment der Entscheidung für die
377 Kampagne und den Grad der Personalisierung DIE LINKE in Umfragen zwischen 16 und 18
378 Prozent lag. Die erste Umfrage mit 12 Prozent erschien am selben Tag wie die
379 Kampagnenpräsentation. Dies bestätigt nur noch einmal, wie volatil bzw. unberechenbar
380 teilweise die Ausgangslage war.

381
382 Eva von Angern hat einen leidenschaftlichen, kompetenten und angriffslustigen Wahlkampf
383 geführt. Sie war medial präsent, wurde auch überregional wahrgenommen und erreichte
384 stetig steigende Followerzahlen in den sozialen Medien. Sie hat mit viel Einsatz diesen
385 Wahlkampf bestritten und auch mit einem großen Kraftaufwand. Die durchgeführte Landtour
386 als auch der Auftritt in der Wahlarena können als sehr gelungen bezeichnet werden. Gerade
387 auch aus der Landtour kann für die Zukunft noch geschöpft werden. Die Bekanntheit konnte
388 auf Platz 2 aller Politiker:innen gesteigert werden, wenn auch nüchtern konstatiert werden
389 muss, dass der Ministerpräsident eine enorme Zugkraft für seine Partei entfalten konnte,
390 auch mit hohen Zustimmungs- und Bekanntheitswerten. Die Tatsache, dass Eva von Angern
391 erst sechs Monate vor der Landtagswahl mit der Wahl zur Co-Fraktionsvorsitzenden „in die
392 erste Reihe getreten“ ist und damit an populärer Stelle stand, führte zu einer relativ kurzen
393 Zeit, um ihre Bekanntheit überhaupt zu steigern.

394
395 Bei der gemeinsamen Beratung der Kreis- und Stadtvorsitzenden zur Auswertung der Wahl
396 wurde die Personalisierung mit Eva von Angern auch im Nachhinein mehrheitlich als richtig
397 eingeschätzt. Ihr gilt unser Dank für einen engagierten Wahlkampf.

398
399 Der Aufbau einer Spitzenkandidatur, das zeigt auch diese Wahl, ist ein langfristiger Prozess,
400 der lange vor der eigentlichen Wahl beginnen sollte. Für eine erfolgreiche Spitzenkandidatur
401 bedarf es neben einer guten Wahl- und Kommunikationsstrategie aber vor allem auch der
402 Unterstützung der Partei. Wie beim Wahlprogramm als auch beim Personal kann eine Partei
403 nur erfolgreich sein, wenn sie entschlossen und geschlossen in Wahlkämpfen auftritt.

404
405

406 **Neue Herausforderungen – keine weißen Flecken lassen, neue Konstellationen**

407
408 Die Partei hat durch den Verlust von vier Mandaten im Landtag auch Leerstellen auf der
409 Landkarte. Auch wenn das Wahlergebnis eine Reduzierung der Mandate in der Fraktion zur
410 Folge hat, besteht der feste Wille, die Struktur mit Wahlkreisbüros und damit auch die
411 Präsenz nicht weiter auszudünnen, sondern stattdessen zu verbessern. Der Landesvorstand
412 wird dazu gemeinsam mit den neu gewählten Mitgliedern der Landtags- und
413 Bundestagsfraktion und mit den Kreis- und Stadtvorständen beraten, wie zukünftig die
414 Abdeckung mit Wahlkreisbüros und die Zusammenarbeit vor Ort verbessert werden kann. In
415 der nächsten Zeit werden dazu in allen Stadt- und Kreisverbänden Gespräche im Zuge der
416 Kreistour stattfinden oder haben bereits stattgefunden.

417
418 Natürlich wird es immer schwerer werden, mit weniger Mitteln und weniger aktiven
419 Mitgliedern erstens kommunal präsent zu sein, zweitens ansprechbar zu bleiben für die
420 Menschen in ihrem Alltag, sei es im Verein, in der Freiwilligen Feuerwehr oder im Chor und
421 drittens noch zusätzlich die Kraft aufzubringen, Bündnisse, Proteste und Streiks vor Ort zu

422 unterstützen. Das ist wahrlich eine Mammutaufgabe für uns und unsere Genoss:innen, aber
423 wir sind bereit diese anzunehmen.

424

425 Büros und Anlaufstellen der Mandatsträger:innen sollen keine leeren Hüllen sein, sondern mit
426 Leben gefüllt werden. Sie sollen Anlaufstelle für alle linken Mandatsträger:innen der Region
427 sein, für Einwohner:innen, Initiativen und Verbände.

428

429

430 **Situation der Landtagsfraktion**

431

432 In der letzten Wahlperiode müssen wir kritisch feststellen, dass die Arbeit der
433 Landtagsfraktion zu stark auf den innerparlamentarischen Betrieb ausgerichtet war und
434 dadurch die öffentliche Wahrnehmung insbesondere im ländlichen Bereich gelitten hat. Diese
435 ist jedoch zwingend erforderlich, damit unsere politischen Aktivitäten von den Menschen in
436 Sachsen-Anhalt zur Kenntnis genommen werden können.

437

438 Dabei ist es klares Ziel der Landtagsfraktion, die Ideen und Vorhaben aus dem Wahlprogramm
439 in die politische Debatte einzubringen und uns vor allem auf die Kernpunkte unserer Partei zu
440 konzentrieren.

441

442 Die Landtagsfraktion entwickelt ihr Öffentlichkeitskonzept mit dieser Zielrichtung fort. Wir
443 wollen für die Menschen „auf Achse sein“, nahbar, kritikfähig und vor allem die Lust am
444 Mitmachen wecken. Die Landtagsfraktion wird dabei mangels Mehrheit eher selten eigene
445 Vorhaben durch Beschlüsse im Landtag umsetzen können. Doch als Opposition ist es neben
446 den anderen Oppositionsfraktionen unsere Aufgabe, wesentliche eigene Akzente für einen
447 starken Sozialstaat, soziale Gerechtigkeit und einer solidarischen Vision für die Zukunft zu
448 entwickeln. Wir wollen streiten, kritisieren, den Finger in die Wunde legen und positiven Blick
449 nach vorn richten.

450

451 Sie will sichtbar sein und arbeitet selbstverständlich an dem Ziel eines besseren
452 Wahlergebnisses bei der nächsten Landtagswahl. Die zwölf Landtagsabgeordneten werden
453 von engagierten Mitarbeiter:innen unterstützt. Die Landtagsfraktion braucht Vertrauen in ihre
454 Arbeit und ein solidarisches Miteinander.

455

456

457 **Themensetzung (Konzentration)**

458

459 In Zukunft muss es uns als Partei gelingen, Themen zu identifizieren, die einen breiten
460 gesellschaftlichen Widerhall finden. Diese wollen wir gemeinsam mit der Partei auf
461 kommunaler Ebene und mit Unterstützung der Landtagsfraktion landesweit vorantreiben, d.h.
462 auch Konzepte, übergreifende Anträge und Kampagnen entwickeln. Ein Beispiel könnte dafür
463 das Projekt „Beitragsfreiheit in Kitas“ sein.

464

465 Nicht nur für große Projekte, sondern für das Alltägliche, ist es wichtig, die Kommunikation
466 mit den unterschiedlichen Ebenen zu verbessern. Auch hier müssen wir selbstkritisch
467 anmerken, dass es dabei Luft nach oben gibt. Vor allem wollen wir die Durchlässigkeit in
468 beide Richtungen verbessern, Themen der kommunalen Ebene sollen eine größere Rolle auf
469 Landesebene spielen und Informationen der Landesebene sollen die kommunale Ebene
470 besser erreichen. Die Kommunalpolitik ist nach wie vor das Herzstück linker Politik.

471 **Parteiaufbau**

472

473 Wir brauchen einen neuen Parteiaufbau. Es ist doch keine neue Erkenntnis, dass wir eine
474 ältere Mitgliedschaft haben, Genoss:innen, die sich lange Jahre in den Dienst dieser Partei
475 gestellt haben, Funktionen ausgefüllt haben, ehrenamtlich aktiv waren und nun, wo sie
476 vielleicht auch körperlich nicht mehr so können, wie sie wollen, uns dennoch treu geblieben
477 sind, anstatt einfach auszutreten. Diskussionen über das Anwerben neuer Mitglieder müssen
478 also auch immer mit Respekt gegenüber denen erfolgen, die da sind, aber vielleicht nicht
479 mehr tätig sein können.

480

481 Dennoch besteht der Fakt, dass wir stetig Mitglieder verlieren. Wir verzeichnen Austritte vor
482 allem bei älteren Genoss:innen aufgrund von Sterbefällen, aber eben auch bei jüngeren, vor
483 allem neuen Mitgliedern, bei denen wir es nicht schaffen, sie langfristig an die Partei zu
484 binden.⁹

485

486 Die letzten Jahre haben wir uns stetig in Wahlkämpfen oder Wahlkampf vorbereitungen
487 befunden. Es gab kaum Zeiträume, wo man einmal Luft holen konnte und anstatt zu verwalten
488 auch gestalten konnte. Wir haben dennoch versucht, diese Zeit zu nutzen, um auch andere
489 Formate auszuprobieren, niedrigschwellige Angebote z.B. auch bei Parteitagen (Benndorf) zu
490 machen. Auch in der Zeit der Pandemie haben wir versucht, den Kontakt mit digitalen
491 Formaten oder Telefonkonferenzen zu halten. Und dennoch müssen wir feststellen, dass das
492 nicht immer gereicht hat. Vielen hat der persönliche Kontakt gefehlt, vor allem den Älteren,
493 der Austausch, der auch wichtig ist, um konkrete und akute Vorgänge nachvollziehen zu
494 können. Wir haben auch Enttäuschungen erlebt, weil sich eben in dieser Zeit auch
495 Genoss:innen nicht mitgenommen gefühlt haben. Wir erleben viele engagierte Genoss:innen,
496 die auch in dieser Zeit in den Vorständen und Basisgruppen ihr Möglichstes getan haben, um
497 den Kontakt aufrechtzuerhalten. Auch hier müssen wir genau hingucken und aufnehmen, wie
498 wir es zukünftig besser machen können. Wie wir jetzt eingeführte Instrumente und Formate,
499 wie beispielsweise Videokonferenzen zukünftig sinnvoll nutzen können, gerade auch
500 kreisverbandsübergreifend für Arbeitsgruppen und gemeinsame Projekte.

501

502 Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand einen Mitgliederbeauftragten/eine
503 Mitgliederbeauftragte, die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und
504 Stadtverbände regelmäßig zusammentritt, sich austauscht und neue Formate entwickelt. Ziel
505 muss es sein, erstens neue Mitglieder zu gewinnen, zweitens Sympathisant:innen stärker an
506 uns zu binden, drittens Neumitgliedern den Weg in die Partei positiv zu gestalten und viertens
507 sich um die Mitgliederpflege zu kümmern, damit diese auch bleiben. Ein jährliches
508 Mitgliedertreffen sollte genauso erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf
509 Kreis- und Stadtverbandsebene oder auch Landesebene und die Nutzung der Datenbank
510 „linksaktiv“. Dabei ist die angesprochene Digitalisierung essenziell für die Mitgliederbindung.
511 Ein langfristiges Ziel könnte die Entwicklung einer Mitgliederapp sein. Diese gewährleistet,

⁹ Insgesamt belaufen sich die Mitgliederzahlen im Bereich der „jüngeren Sparte“ von den 14-45-Jährigen auf genau 663 Mitglieder. Diese stehen im Bezug zu der „älteren Mitgliedschaft“ von 56-86-Jährigen mit einer Mitgliederanzahl von 2228 Mitgliedern. Weiterhin konnte der Landesverband Sachsen-Anhalt zwar von 2018 bis 2021 273 Mitglieder im Alter von 14-35 werben, doch täuscht diese Zahl da nach Abzug der Austritte, tatsächlich nur 88 Mitglieder gebunden werden konnten.

512 dass Menschen fast jeder Altersgruppe täglich und ohne lange Kommunikationswege
513 einbezogen, informiert und damit für die Ziele der Partei mobilisiert werden können.

514
515 Neben der Gewinnung von Mitgliedern wird das Aufstellen von Kandidat:innen für kommunale
516 Ämter und Mandate auch in Zukunft eine Herausforderung, die wir annehmen und gestalten
517 wollen. Hierbei geht es auch darum, frühzeitig Nachwuchs- und Bestandspflege zu betreiben,
518 um flächendeckend zu Wahlen und Kommunalwahlen antreten zu können.

519
520 Es ist erfreulich, dass wir in der Vergangenheit junge Menschen als Amts- und
521 Mandatsträger:innen in kommunalen Parlamenten und auch während des und für den
522 Wahlkampf junge Menschen für die Partei gewinnen konnten. Daran wollen wir anknüpfen
523 und weiter arbeiten, vor allem auch im Hinblick auf die Gewinnung von Mitgliedern und
524 Kandidat:innen aus der mittleren Altersgruppe und auch mit Berufsbildung oder
525 handwerklicher Tätigkeit.

526
527 Der Beschluss der 3. Tagung des 3. Landesparteitages zur Mitglieder- und Parteientwicklung
528 sollte vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt werden.

529

530

531 **Jugendverband**

532

533 Das derzeitige Verhältnis von Partei und Jugendverband in Sachsen-Anhalt und andersherum
534 ist deutlich verbesserungswürdig. Eine Partei lebt aber auch von einem aktiven und kritischen
535 Jugendverband, der - wie auf dem Bundesparteitag geschehen - die Partei auch durchaus an
536 der einen oder anderen Stelle vor sich hertreibt, der andere und jüngere Zielgruppen
537 anspricht als es die Partei tut und tun kann. Deshalb ist es nötig, dass beide Seiten wieder
538 aufeinander zugehen und das Gespräch suchen, um einen konstruktiven Austausch und eine
539 gute zukünftige Zusammenarbeit zu ermöglichen. Auch hier wäre es empfehlenswert, die
540 Verantwortlichkeit im Landesvorstand noch einmal zu klären, um Ansprechbarkeit zu
541 ermöglichen.

542

543

544 **Wahlkampf – nur gemeinsam**

545

546 Die Stadt- und Kreisverbände haben im Landtagswahlkampf 2021 beachtliches geleistet. Wir
547 haben eine Wahlzeitung mit 14 Regionalausgaben gehabt, was in den letzten Jahren in vielen
548 Landesverbänden nicht mehr geleistet werden konnte. Wir haben über 28.000 Plakate im
549 Land aufgehängt und wir haben trotz der erschwerten Bedingungen durch die Pandemie auch
550 im Straßen- und Haustürwahlkampf erhebliches geleistet. Da ist es nur logisch, dass bei
551 denjenigen, die gekämpft haben, der Frust nach dem Wahlergebnis sich auch in einer Suche
552 nach den Ursachen im Wahlkampf widerspiegelte.

553

554 Wahlkämpfe werden in der Regel von der gesamten Partei, also den Stadt- und
555 Kreisverbänden getragen. Daher ist es notwendig, sie frühzeitig in die Planungen sowohl des
556 Personals als auch der Strategie und ihrer Umsetzung einzubeziehen. Das ist uns nicht immer
557 ausreichend gelungen. Der Unmut in einigen Kreisverbänden zur sehr kurzfristigen
558 Entscheidung über eine Wahlstrategie und die Spitzenkandidatur im Sommer 2020 war
559 durchaus verständlich. Wir haben daher auf dem Oktoberparteitag 2020 grundlegende Dinge
560 zur Wahlkampfstruktur und Aufgabenverteilung im Wahlkampf beschlossen, ebenfalls einen

561 klaren Auftrag zur Vorlage eines Vorschlages des Landesvorstandes zu einer Landesliste
562 einschließlich der notwendigen Kriterien. Das ist gründlich mit den Stadt- und Kreisverbänden
563 im Vorfeld diskutiert worden. Die Vertreter:innenversammlung im Januar 2021 hat den
564 Listenvorschlag mit einer klaren Mehrheit beschlossen, auch wenn nicht jeder Kreisverband
565 mit seiner Repräsentation auf der Liste zufrieden war.

566

567 Der Landesvorstand hat für die Landtagswahl 2021 eine Wahlkampfstruktur beschlossen, die
568 aus einem Landeswahlplenum, in dem alle Kreisverbände vertreten waren, der Kommission
569 Strategie und Wahlen und dem operativen Wahlbüro bestand. Die guten Erfahrungen des
570 Landeswahlplenums aus der Kommunalwahl 2019 haben uns dazu bewogen, dem
571 Landeswahlplenum eine entsprechende zentrale Rolle einzuräumen. Jedoch müssen wir hier
572 feststellen, dass sich Kommunal- und Landtagswahlen vor allem auch in Bezug auf
573 Wahlkampfführung deutlich unterscheiden. Auch müssen Verantwortungen und klare
574 Abgrenzungen zukünftig eindeutiger festgelegt werden. Die Wahlkampfstruktur gehört daher
575 auf den Prüfstand. Wir wollen gemeinsam mit den Stadt- und Kreisverbänden beraten, wie
576 eine zukünftige Wahlkampfstruktur aussehen könnte, damit effektives und gemeinsames
577 Agieren möglich ist.

578

579 Im Landtagswahlkampf sind Defizite in der Kommunikation im Landesverband offensichtlich
580 geworden. Daneben ist zwar die Kommunikationsstrategie im Wahlkampf mit einem
581 erheblichen Aufwand erstellt worden, die Umsetzung blieb allerdings hinter den Erwartungen
582 zurück.

583

584 Ganz oben auf der Prioritätenliste steht daher die Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit,
585 Kontakte aus dem Wahlkampf müssen weiter genutzt, gepflegt und ausgebaut werden. Eine
586 Professionalisierung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Landesverbandes kann nur
587 erreicht werden, wenn es uns gelingt, eine bessere Vernetzung der Ebenen und Strukturen
588 herzustellen und vor allem vorhandene Ressourcen zu nutzen und effektiv einzusetzen.

589

590 Die Vorstandsmitglieder sind der Motor für den Landesverband, um Entscheidungen und
591 Prozesse maßgeblich auf den Weg zu bringen und zu kommunizieren. Wie oben schon
592 erwähnt ist, die Kommunikation dabei sachdienlich Grundvoraussetzung, da so Probleme
593 einheitlich gelöst werden können. Denn nur wenn alle an einem Strang ziehen, können
594 wirkliche Veränderungen herbeigeführt werden.

595

596 Die bessere Kommunikation und Vernetzung aller Ebenen betrifft sowohl die Mitglieder des
597 Landesvorstandes als auch die Landtagsfraktion.

598

599 Im Ergebnis der Landtagswahl 2021 steht der Landesverband vor erheblichen finanziellen und
600 strukturellen Problemen. Der Verlust von vier Landtagsmandaten bedeutet nicht nur eine
601 Mindereinnahme an Mandatsträgerbeiträgen, sondern bringt eben auch erhebliche Probleme
602 bei der Realisierung der flächendeckenden Präsenz der Partei im gesamten Land mit sich.
603 Dank der Bereitschaft der neuen Abgeordneten, mit einer Anpassung der
604 Mandatsträgerbeiträge im Rahmen unserer Finanzordnung wird es gelingen, den Ausfall an
605 dieser Stelle deutlich abzusenken. Deutlich problematischer ist der Verlust an staatlichen
606 Mitteln von circa 31.000 Euro jährlich. Das bedeutet, dass wir in den nächsten fünf Jahren nur
607 knapp über 300.000 Euro an Mitteln für den nächsten Landtagswahlkampf ansparen können,
608 in der letzten Periode 2016 – 2021 waren ist immerhin noch über 450.000 Euro. Das
609 unterscheidet sich im Übrigen auch nicht von der Situation in anderen ostdeutschen

610 Bundesländern. Wir werden auch aus finanziellen Gründen über andere Methoden und deren
611 Umsetzung in Wahlkämpfen langfristig nachdenken müssen.

612
613 Während wir nach der Landtagswahl 2016 zwei Kreisverbände ohne ein eigenes
614 Wahlkreisbüro hatten, sind es jetzt vier. Die Bundestagswahl 2021 hat dieses Problem noch
615 verstärkt. Es kommt jetzt darauf an, in gemeinsamen Anstrengungen des Landesverbandes,
616 der Landtagsfraktion und der Landesgruppe Sachsen-Anhalt im Deutschen Bundestag nach
617 Lösungen zu suchen, um ein weiteres Abhängen insbesondere der Flächenkreise zu
618 verhindern. Der neue Landesvorstand muss bis zum Dezember 2021 dafür machbare
619 Vorschläge vorlegen. Insbesondere für den Norden und im Süden des Landes benötigen wir
620 hier schnell eine Lösung.

621

622

623 **Unsere Aufgaben in den nächsten Monaten**

624

625 **Die Gestaltung des innerparteilichen Diskussionsprozesses**

626

627 Die Wahlergebnisse zur Landtags- und Bundestagswahl in diesem Jahr sind ein deutliches
628 Signal dafür, alte Weisheiten infrage zu stellen und neue Antworten zu suchen. Diese
629 gewaltige Aufgabe muss in den nächsten Monaten im Vordergrund stehen. Es ist keinesfalls
630 sicher, dass wir als Landesverband oder als Gesamtpartei diese Prüfung bestehen. Allerdings
631 zeigt ein Blick in unsere eigene Geschichte, dass wir auch solche Herausforderungen bereits
632 bewältigt haben. Einige von uns haben den Entstehungsprozess der PDS während der Wende
633 selbst miterlebt, ein noch größerer Teil das Jahr 2002 als die PDS bei der Bundestagswahl nur
634 4,0 Prozent erhielt. Beide Male ist es jedoch gelungen, die richtigen Konsequenzen zu ziehen
635 und als politische Kraft gestärkt aus diesen Krisen herauszuwachsen. Wir haben die
636 Möglichkeit, das auch diesmal zu tun.

637

638 Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die notwendigen Diskussionen solidarisch geführt
639 werden. Eine der wichtigsten Grundwerte einer linken Partei ist Solidarität. Wenn es uns nicht
640 gelingt, die notwendige kritische Aufarbeitung mit gegenseitigem Respekt und kulturvoll zu
641 führen, sind wir weder für die Mitglieder noch für die, die wir erreichen wollen, glaubwürdig.

642

643 Aus der Geschichte unserer eigenen Partei kennen wir auch die ritualisierten Diskussionen,
644 die durch Sätze beherrscht werden wie: „Ich habe doch schon immer gesagt ...“ und „Schuld
645 an der Misere ist...“. Auf diese Art landen wir in den alten innerparteilichen Gräben, würden
646 aber keinen Schritt vorankommen. Gewinnen werden wir nur, wenn jede:r selbst bereit ist,
647 neue Fragen und Antworten zuzulassen.

648

649 Wichtig in den nun folgenden Debatten wird auch das Anerkennen sehr unterschiedlicher
650 Zugänge zur Politik und Lebenssituationen von Mitgliedern unserer Partei sein. Der ehemalige
651 Volkspolizist, der für die LINKE im Gemeinderat sitzt, und die Politikstudentin, die sich bei
652 Friday for Future und im Jugendverband engagiert, leben in sehr unterschiedlichen Welten
653 und haben sehr unterschiedliche Zugänge zur Politik. Trotzdem müssen beide die Kraft
654 aufbringen, einander zuzuhören, sich zu akzeptieren und gemeinsam handlungsfähig zu sein.
655 Wenn wir eine Zukunft haben wollen, können wir weder auf den einen noch auf die andere
656 verzichten. Und wir haben gleichzeitig aber die Aufgabe, für die Menschen in diesem Land
657 politisch eindeutig erkennbar zu sein und im Gemeinderat nicht das Gegenteil dessen zu tun,
658 was wir in Magdeburg oder Halle auf der Straße fordern und umgekehrt.

659 Jede:r von uns trägt Verantwortung, den nun anstehenden Diskussionsprozess so zu führen,
660 dass wir am Ende gestärkt daraus hervorgehen, statt uns zu spalten.

661

662 Der Landesvorstand organisiert gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden einen
663 Diskussionsprozess zur zukünftigen inhaltlichen und strukturellen Aufstellung des
664 Landesverbandes, u.a. in Regionalkonferenzen. Die Ergebnisse dieser Debatten sollen
665 gebündelt in Form eines Leitantrages auf einem Landesparteitag 2022 zur Abstimmung
666 gestellt werden.

667

668

669 **Die politische Auseinandersetzung mit der Landesregierung**

670

671 Die Menschen in Sachsen-Anhalt können sich darauf verlassen, dass wir trotz der
672 notwendigen innerparteilichen Diskussion unsere Aufgaben als Opposition in Sachsen-Anhalt
673 erfüllen werden.

674

675 Die inhaltliche Ausrichtung der neuen Koalition von CDU, SPD und FDP ist, wenn man den
676 Koalitionsvertrag zugrunde legt, deutlich neoliberaler als die vorhergehende Landesregierung
677 und in vielen Teilen das Gegenteil dessen, was die SPD im Wahlkampf plakatiert hat. Darüber
678 hinaus ist unklar, was aus den im Koalitionsvertrag enthaltenen vagen Versprechungen wird,
679 wenn diese Koalition den ersten Landeshaushalt vorlegt. Eines ist aber sicher, soziale
680 Gerechtigkeit wie wir sie meinen, wird es mit dieser Koalition nicht geben. Unsere zentrale
681 Aufgabe wird es sein, gegen den absehbaren Abbau von öffentlicher Daseinsvorsorge und
682 sozialer Sicherheit für die Menschen im Land spürbar vorzugehen. Dabei sind die Aktivitäten
683 der Landtagsfraktion nur ein Teil. Wir müssen als Partei öffentlich erkennbar in die
684 Auseinandersetzung mit dieser Landesregierung gehen. Die öffentliche Wahrnehmung werden
685 wir nur in Verbindung von Parteimitgliedern vor Ort, kommunalen Vertretungen und der
686 Landtagsfraktion gemeinsam erreichen.

687

688 Bei den Landtags- und Bundestagswahlen in Sachsen-Anhalt hat sich auch wieder gezeigt,
689 dass es landesweit ein stabiles Wählerpotenzial von 20 Prozent für die rechtsextreme AfD
690 gibt. Diese Wahlergebnisse sind Symptome für verfestigte antidemokratische Einstellungen in
691 großen Teilen der Bevölkerung. Die offensive Auseinandersetzung mit dem
692 Rechtsextremismus der AfD muss begleitet werden durch neue Strategien der Ansprache von
693 Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Situation Protest mithilfe einer Stimme bei der Wahl
694 für die AfD artikulieren und dabei bewusst rechtsextreme Positionen akzeptieren oder sogar
695 unterstützen. Vielfach sind AfD-Hochburgen noch vor wenigen Jahren Hochburgen von PDS
696 und LINKEN gewesen. Auch diese Tatsache zwingt uns zu neuen Überlegungen und
697 Strategien.

698

699 Oppositionsarbeit im Land heißt darüber hinaus aber auch, Ansprechpartner:in und
700 Unterstützer:in für zivilgesellschaftliche Organisationen und Strukturen zu sein, die
701 Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit dieser Landesregierung benötigen. Dies
702 werden Gewerkschaften, Sozialverbände, Umweltverbände und Organisationen der
703 migrantischen Selbstorganisationen sein. Hier müssen wir Verlässlichkeit zeigen. Trotz der
704 notwendigen innerparteilichen Debatte müssen wir in den gesellschaftlichen
705 Auseinandersetzungen der nächsten Monate erkennbar sein.

706

707 Das Ziel zwischen den Wahlen sichtbar zu sein, ist eine Grundvoraussetzung, da nur so eine
708 Basis von Mitgliedern und Wähler:innen für die nächste Wahl generiert werden kann. Getreu
709 dem Motto: „Nach der Wahl, ist vor der Wahl.“
710
711 Die Herausforderungen sind groß, aber nicht unlösbar. Packen wir es gemeinsam an.

Anträge zur Änderung der Landessatzung

Antrag 1 - Doppelt quotierte Redeliste

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 10 – Doppelt quotierte Redeliste

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

§ 10 (2) Landessatzung alt:

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd. Redelisten werden getrennt geführt.

Zu ersetzen durch § 10 (2) Landessatzung neu:

(2) In allen Versammlungen und Gremien des Landesverbandes Sachsen-Anhalt gelten die Regelungen der doppelt quotierten Redeliste. Vorausgesetzt entsprechender Wortmeldungen reden Frauen und Männer abwechselnd, Wortmeldungen von Personen ohne vorherigen Wortbeitrag auf der Versammlung oder in dem Gremium rücken auf der jeweiligen Redeliste auf die oberste Position.

Begründung:

Jede Partei lebt von Beteiligung und jeder Parteitag von der Beteiligung möglichst vieler. Es kommt dabei darauf an, auch die Stimmen derer hörbar zu machen, die nicht im professionellen Politikbetrieb zu Hause sind, die zurückhaltender sind und sich seltener zu Wort melden. Eine doppelt quotierte Redeliste macht es neueren, mit den Abläufen und Formalia noch nicht ganz so vertrauten Genoss*innen einfacher, ihre Auffassungen und Ideen zu äußern, wohingegen eine Einreihung hinter viele Viel-Redner*innen eine abschreckende Wirkung hat. Jede Stimme ist gleich viel wert in der Partei DIE LINKE und so übernimmt der Landesparteitag offiziell eine Praxis in die Landessatzung, die von den allermeisten Versammlungen und Gremien der LINKEN in Sachsen-Anhalt und auch bundesweit bereits Anwendung findet und zum üblichen Umgang gehört.

Antrag 2 - Mandatszeitbegrenzung

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich, (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 34 – Mandatszeitbegrenzung

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

Einfügen in § 34 (4) Landessatzung:

[...] Bei der Erstellung der Vorschlagsliste zur Bundestagswahl ist zu gewährleisten, dass nicht mehr als 75 Prozent der Bewerber:innen zwei oder mehr volle Legislaturen im Bundestag als Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger absolviert haben. Diese Quote bezieht sich auf die Anzahl der Plätze, die bei der letzten Wahl errungen werden konnten. Umfasst die aufzustellende Liste weniger Plätze, als DIE LINKE bei der letzten Wahl Mandate errungen hat, gilt diese Quote für den gesamten Vorschlag. Sobald die Quote erschöpft ist, können weitere langjährige Mandatsträgerinnen und Mandatsträger auf den folgenden Listenplätzen kandidieren, für welche eine geringere Quotierung von 50 Prozent nach obigem Vorbild gilt. Mandatsträger:innen mit vier oder mehr Legislaturperioden in einem Parlament sollen nicht mehr kandidieren.

Bei Personalvorschlägen für die Landeslisten zur Bundestagswahl, die mehr als eine Person umfassen, ist zu gewährleisten, dass nicht mehr als 75 Prozent der Vorgesprochenen zwei oder mehr volle Legislaturen im Bundestag als Mandatsträgerinnen oder Mandatsträger absolviert haben. Die Erfüllung dieser Quote muss mindestens in dem oberen Platzzahlbereich erfüllt werden, welcher der Anzahl der bei der vorangegangenen Wahl gleichen Typs errungenen Mandate für DIE LINKE. Sachsen-Anhalt entspricht. Umfasst der Personalvorschlag weniger Plätze, als DIE LINKE bei der letzten Wahl gleichen Typs Mandate errungen hat, gilt diese Quote für den gesamten Vorschlag.

Begründung:

Die vergangenen Niederlagen bei verschiedensten Wahlen haben eines deutlich gemacht: Es darf kein Weiter-So geben. Daher beantragen wir hiermit eine **Erneuerungsquote**, welche keine harte Mandatszeitbegrenzung darstellt. Eine Fraktion sollte stets aus erfahrenen Kräften und frischem Personal bestehen, um die professionelle Arbeit ebenso sicherzustellen wie den Zufluss neuer Ideen und Perspektiven. Das Personal-Problem der LINKEn wird sich nicht ohne strukturelle Veränderungen lösen lassen. Neue Köpfe müssen rechtzeitig die Möglichkeit bekommen, parlamentarische Erfahrungen zu sammeln und sich bekannt zu machen.

Die Erneuerungsquote ist so konstruiert, dass sie nicht neue Kandidat:innen bevorzugt, sondern langjährige Abgeordnete benachteiligt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass nicht bei jeder Listenaufstellung nur die neuen Abgeordneten, die erst bei der letzten Listenaufstellung von der Regelung profitiert haben, wieder von der Liste verschwinden. Die Regelung bezüglich der Platzzahlen ist wichtig, damit nicht eine künstlich große Liste angelegt wird und die neuen Bewerber:innen dann auf aussichtslose Plätze verwiesen werden können.

Der Vorschlag bezieht sich nicht auf kommunale Mandatsträger:innen.

Hinweis: Die Satzungsänderung soll explizit auch für §35, also die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Sachsen-Anhalt gelten.

Antrag 3 - Zusammensetzung des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: Stadtvorstand Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)

Satzungsänderung: Zusammensetzung Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 14 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) Der Landesparteitag wählt:

alt: a) die/den Landesvorsitzende/Landesvorsitzenden

neu: a) die beiden Landesvorsitzenden unter Berücksichtigung der Mindestquotierung, wobei eine:r weder Mandatsträger:in auf Landes- oder Bundesebene sowie in keinem abhängigen Beschäftigungsverhältnis von der Partei sein darf.

Begründung:

DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung der Geschlechter. Uns selbst ist die Quotierung in all unseren Gremien und Strukturen ein wesentliches Merkmal. Bei uns kann jede:r Verantwortung übernehmen, denn DIE LINKE ist eine zutiefst basisdemokratische Partei. Daher ist neben der Quotierung auch das Teilen von Macht inhärent. Wir agieren auf Augenhöhe und versuchen, Hierarchien möglichst flach zu halten. Deswegen gilt es auch, die Macht an der Spitze zu teilen und zu verteilen. Dies bietet eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszubauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und anschlussfähiger für viele Menschen zu sein. Doppelspitzen haben weiterhin den Vorteil der Aufgaben- und Kompetenz-Aufteilung nach innen und nach außen. Die hälftige Unabhängigkeit des Landesvorsitzenden-Duos garantiert, dass die Satzung der Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt greift, wonach die Landesvorsitzenden an den Treffen der Fraktionsführung teilnehmen dürfen, um die politische Arbeit der Fraktion zu überprüfen und eventuell im Sinne der Partei Einfluss auf Entscheidungen der Fraktion zu nehmen.

Antrag 4 - Begrenzung der Plätze für Mandatsträger:innen und Mitarbeiter:innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand

Antragsteller:innen: Stadtverband Magdeburg, Ruth Fiedler (KV Harz), Florian Fandrich (KV Saalekreis)

Satzungsänderung: Änderung der Landessatzung im § 18 – Begrenzung der Plätze für Mandatsträger*innen und Mitarbeiter*innen von Fraktionen und Abgeordneten im Landesvorstand

Der Landesparteitag möge die Landessatzung wie folgt ändern:

Einfügen in § 18 (1) Landessatzung:

[...] Es dürfen maximal 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand an Mandatsträger:innen aus Bundestag und Landtag sowie den Mitarbeiter:innen der Fraktionen und den Mitarbeiter:innen der Abgeordneten besetzt werden.

Begründung:

Partei kommt vor Parlament, Basis vor Fraktion. Um die Unabhängigkeit des Landesvorstandes zu stärken, werden die Plätze für Mandatsträger:innen und deren direkten sowie indirekten Angestellten (Fraktionsmitarbeiter:innen) auf 40 Prozent der Plätze im Landesvorstand begrenzt. Dies erlaubt dem Vorstand einen unverstellten Blick auf die Arbeit der Abgeordneten und die Bewegungsfreiheit – wenn nötig – kritisch auf Anträge oder Beschlüsse der Fraktionen zu reagieren.

Antrag 5 - Generationengerechtigkeit bei Landeslisten zu Wahlen

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg) Florian Fandrich (KV Saalekreis), Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle) Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Der LPT möge beschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um folgenden Punkt (6) erweitert:

Über die Zusammensetzung einer Landesvertreter:innenversammlung zur Aufstellung einer Landesliste (Größe und Delegiertenschlüssel) und über das genaue Aufstellungsverfahren entscheidet spätestens im Jahr vor einer regulären Wahl der Landespartei, im Falle einer vorgezogenen Wahl kurzfristig ein Gremium aus Landesvorstand, der oder dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion und den Kreisvorsitzenden. Der Beschluss zum Aufstellungsverfahren muss geeignete Verfahren zu einer angemessenen Berücksichtigung der Regionen und der Generationen auf der Landesliste enthalten.

Begründung:

Der demographische Wandel schreitet voran, und auch unsere Partei wird immer „älter“. Hingegen ist jede:r 5. Genoss:in unter 35. Diese Generationenrealität findet sich jedoch selten auf unseren Listen zur Landtags- und Bundestagswahl wieder.

Mit dieser Satzungsänderung wollen wir dem Thema „Generationengerechtigkeit“ mehr Relevanz geben. Das bedeutet also erstmal nur, dass wir uns selbst bzw. dem Landesvorstand, welcher ja meist die Personalvorschläge erarbeitet, das Thema und die Wichtigkeit dessen auf die Fahnen schreiben.

Antrag 6 - Transparenz bei Listenaufstellungsverfahren zu Landtags- und Bundestagswahlen

Antragsteller:innen: Rebekka Grotjohann, Robert Fietzke (SV Magdeburg), Ruth Fiedler (KV Harz), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis)

Der Landespartei möge einschließen:

§ 34 der Landessatzung wird um following Punkt (7) erweitert:

Bei Listenaufstellungen und der Erstellung von Personalvorschlägen zu Bundestagswahlen ist in den Bewerbungsunterlagen als auch den Wahlzetteln neben den Namen der Kandidierenden in gleicher Form und Größe deren Anzahl der vollen im jeweiligen Parlament absolvierten Jahre als Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger zu nennen.

Begründung:

Hier geht es um eine höhere Transparenz. Wir wollen, dass sofort ersichtlich ist, wie lange der/die Kandidat:in schon im entsprechenden Parlament gewirkt hat – auch, damit vorhergesagte Erneuerungsquote so leichter nachzuvollziehen ist.

Antrag 7 – Anzahl der Delegiertenmandate

Antragssteller:innen: Landessprecher:innenrat der Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 15 Abs. 7 Satzung des Landesverbandes DIE LINKE Sachsen-Anhalt:

(7) alt: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse sowie der Jugendverband quotiert je 2 Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

neu: [...]. Dabei erhalten landesweite Zusammenschlüsse 2 und der Jugendverband 4 Delegiertenmandate mit beschließender Stimme. [...]

Begründung:

Der Jugendverband „Linksjugend [!solid] Sachsen-Anhalt“ sieht sich in seinem Selbstverständnis als Jugendverband der Partei DIE LINKE. Die Mitgliederzahl des Jugendverbandes hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt, was aufzeigt das junge Menschen die Politik mitgestalten wollen. Er repräsentiert mit mehr als 500 Mitgliedern mehr Genoss:innen als die meisten Kreisverbände, erhält aber wie jede LAG nur 2 Delegiertenmandate. Dieser Umstand ist sowohl nicht mit den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie vereinbar, bekommt aber zudem nach der herben Wahlniederlage der Partei DIE LINKE eine externe Brisanz.

Nach der Studie von Simon Schnetzer „Junge Deutsche 2021“ ist einer der Hauptfaktoren von Menschen aus „Generation Z“ (1995 bis 2009) und „Generation Y“ (1980 bis 1994) warum sie unzufrieden sind, ihre fehlende Repräsentation in der Politik. Gleichzeitig schneidet die Partei DIE LINKE bei unter 25-Jährigen mit 8 Prozent (Infratest) so schlecht ab wie keine andere demokratische Partei im Bundestag.

Um auch weiterhin relevant zu bleiben, braucht die Partei jetzt frische Ansätze, die eine neue Generation von Wähler:innen anspricht. Dies kann nur passieren, wenn die Repräsentant:innen dieser Altersgruppe im innerparteilichen Prozess eingebunden sind und das mit deutlich höherer Entscheidungskraft als innerparteiliche Zusammenschlüsse.

Antrag 1

Begrenzung der Ausübung eines Mandates im Landtag oder Bundestag

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Die Dauer der Ausübung eines Mandats für unsere Partei im Landtag oder Bundestag wird auf zwei aufeinander folgende Legislaturperioden begrenzt.

Begründung:

Das verringert die Gefahr, dass gewählte Abgeordnete unserer Partei die Bodenhaftung verlieren und in bestehenden parlamentarischen Strukturen verkrusten.

Antrag 2

Struktur des Landesvorstandes

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Aufgrund der abnehmenden Mitgliederzahl des Landesverbandes und der sinkenden Bedeutung unserer Partei in der Bevölkerung soll der Landesvorstand neu strukturiert werden.

Wir beantragen, dass nachfolgende Vorschläge dabei Beachtung finden:

- Der/die Vorsitzende des Landesverbandes soll nicht Mitglied einer Fraktion im Landtag oder Bundestag sein.
- Der Landesvorstand soll verkleinert werden und nur vierteljährlich tagen. Zwischen den Tagungen des Landesvorstandes erfolgt die politische Führung des Landesverbandes durch einen geschäftsführenden Landesvorstand. Dieser ist dem Landesvorstand rechenschaftspflichtig.
- Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, in der klar die Aufgaben und Zuständigkeiten definiert sind. Die Geschäftsordnung soll die Möglichkeit von Videokonferenzen enthalten.
- Bei der Zusammensetzung des Landesvorstandes ist darauf zu achten, dass die Anzahl von Abgeordneten sowie Mitarbeiter:innen und Wahlkreismitarbeiter:innen der Fraktionen in Bund und Land nicht überwiegt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Antrag 3

Kriterien zur Erstellung eines Listenvorschlags für Landtagswahlen

Antragsteller:innen: DIE LINKE. Kreisvorstand Jerichower Land

Folgende Kriterien sollen bei der Erstellung des Listenvorschlages berücksichtigt werden:

Für die ersten 15 Plätze:

- Für die einzelnen Plätze (auch 1) werden Themenfelder durch den Landesparteitag festgeschrieben, auf die sich die Kandidierenden bewerben können.
- Die regionale Ausgewogenheit wird durch die Festschreibung von 5 mal je 3 Plätzen nach den Landesregionen gesichert.
- 5 Plätze müssen an Bewerber:innen vergeben werden, die bisher nicht im Landtag vertreten waren.
- Eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. ein Studienabschluss soll Voraussetzung für eine Bewerbung sein.
- Mindestens 3 Bewerber:innen müssen unter 30 Jahre alt sein.
- Bewerber:innen für Listen dürfen an der Erstellung des Listenvorschlages durch den Landesvorstand nicht beteiligt sein.

Mit diesen Vorgaben soll eine Eignung der Bewerber:innen für einen Listenvorschlag präzisiert und ihre Gleichbehandlung bei der Aufstellung gesichert werden.

Dem LV wird so ein Instrument an die Hand gegeben, um keine verkrusteten Strukturen zuzulassen und die Basis gleichberechtigt zu beteiligen.

Antrag 4

Doppelspitze in der Landtagsfraktion

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Florian Fandrich (KV Saalekreis), Nicklas Kurzweil (KV Burgenlandkreis), Dirk Gernhardt (SV Halle)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag fordert die Landtagsfraktion auf, sich für die Teilung der Verantwortung im Parlament mit der nächsten bevorstehenden Wahl des Fraktionsvorstandes – spätestens jedoch mit dem Ende des Jahres 2022 – die Doppelspitze unter Beachtung der Mindestquotierung wiederherzustellen.

Begründung:

Die Landtagsfraktion hatte in 2020 die Doppelspitze als Führungsduo eingerichtet. Diese Doppelspitze wurde nun mit der Neuwahl des Fraktionsvorstandes wieder aufgehoben und damit alle Chancen, die in solch einer Teilung des Amtes stecken, ausgesetzt. Jedoch ist gerade für DIE LINKE das Teilen der Macht, das Teilen des Führungsanspruchs auch ein Garant für Glaubwürdigkeit. Zudem bietet dies eine große Chance, Gleichberechtigung weiter auszubauen, personelle Kapazitäten zu stärken, Kompetenzen zu doppeln und strategisch wirksamer in der politischen Umsetzung im Parlament zu sein. Bei einer kleiner gewordenen Fraktion sind eher die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden zu reduzieren.

Antrag 5

Änderung der Kommunalverfassung im Sinne des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.04.2021

*Antragsteller*innen: LAG Klima, Stadtverband Magdeburg*

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Landtagsfraktion der Partei DIE LINKE wird beauftragt, bei der anstehenden Änderung der Kommunalverfassung einen Antrag einzubringen, dass der § 4 der Kommunalverfassung in seiner jetzigen Form („Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.“) im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichts mit Hinblick auf die Generationengerechtigkeit geändert wird. Der zweite Satz des Paragraphen soll durch die Erfüllung von Aufgaben im Klimaschutz und in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ergänzt werden. Gleichzeitig muss für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen im Land gesorgt werden.

Vorschlag für eine Formulierung des § 4 Kommunalverfassung: „Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben im eigenen oder im übertragenen Wirkungskreis. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner:innen erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit und betätigen sich im Klimaschutz und in der Anpassung an die Folgen des Klimawandels.“

Begründung:

Derzeit sehen Kommunen den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung aufgrund der Festlegung der Aufgabenerfüllung nicht als Pflichtaufgabe und haben auch kein Geld zur Verfügung, um sich zu betätigen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts macht klar, dass es ein Grundrecht auf Klimaschutz und Schutz vor den Folgen des Klimawandels gibt, und dass das somit Teil der Daseinsvorsorge ist. In beiden Aufgabenfeldern übernehmen Kommunen eine immens wichtige Rolle und müssen dieser auch gerecht werden können. Dafür braucht es die entsprechende gesetzliche Grundlage in Sachsen-Anhalt, nämlich eine Erweiterung des Aufgabenfeldes der Kommunen mit Hinblick auf den Klimaschutz und die Klimawandelanpassung. Diese Aufgabenbereiche sind auch Grundlage für die Finanzausstattung der Kommunen.

Antrag 1

Änderung der Landesfinanzordnung im § 4 – Abgaben kommunaler

Mandatsträger:innen

Antragsteller:innen: Ruth Fiedler (KV Harz), Vera Baryshnikov (SV Magdeburg), Christian Arnd (SV Magdeburg) Stefanie Mackies, Dirk Gernhardt (SV Halle)

Beschlussvorschlag:

Der Landesparteitag möge die Landesfinanzordnung wie folgt ändern:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Für Vereinbarungen mit kommunalen Mandatsträger:innen sind Abgaben von mindestens 50 Prozent der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder festzulegen (ohne Verdienstausschluss, Fahrtkosten und sonstigen Auslagenersatz). Begründete Abweichungen für einzelne Mandatsträger:innen aufgrund deren persönlicher Lebensumstände (z.B. Transferleistungsempfänger:innen) sind möglich.

Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Entsprechend empfehlen wir hier eine Änderung der Landesfinanzordnung, die mit den Landesfinanzordnungen von anderen Landesverbänden im Einklang ist.

Antrag 2

Änderung der Landesfinanzordnung § 4 – Funktionszulagen Mandatsträger:innen

Antragsteller: Christian Arnd (SV Magdeburg)

Beschlussvorschlag:

Ergänzen von § 4 (2) Landesfinanzordnung mit:

[...] Sollten Mandatsträger:innen im Deutschen Bundestag oder im Landtag von Sachsen-Anhalt Funktionszulagen erhalten für Fraktionsposten (z.B. Fraktionsvorsitzende:r oder parlamentarische:r Geschäftsführer:in) oder für Funktionen im parlamentarischen Betrieb (z.B. Bundestagspräsident:in), sind von diesen Funktionszulagen mindestens 50 Prozent als zusätzliche Mandatsträger:innenabgaben an die Landespartei zu zahlen.

Begründung:

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt schrumpft in jeder Hinsicht. Bei den Mitgliederzahlen sowie in den Parlamenten. Dadurch entstehen auf Seiten der Partei erhebliche finanzielle Lücken. Für den Wiederaufbau wird jedoch Geld benötigt, um die Basisorganisationen mit allen Mitteln auszustatten, die dafür nötig sind. Die Funktionszulagen einzelner Mandatsträger:innen sorgen nicht selten für eine Verdoppelung der Diät, stehen aber in keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Mehrarbeit. Daher ist eine Abführung der Hälfte legitim und akzeptabel, um die Partei in dieser Zeit finanziell zu stabilisieren. Außerdem wirken wir so aktiv gegen die Herausbildung einer Lohnhierarchie unter unseren Abgeordneten, die manche besser und andere schlechter stellt.

Bisher bekannte Kandidaturen

Stand: 19. Oktober 2021

Landesvorsitzende:r:

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Landesgeschäftsführer:in:

Sabine Krems-Jany Saalekreis

Landesschatzmeister/in:

Hans-Joachim Bittrich Jerichower Land

Landesvorstand:

Jennifer Lemke Magdeburg
Judith Linde-Kleiner Börde
Stefanie Mackies Halle (Saale)
Louise Müller Magdeburg

Dr. Karsten Lippmann Harz
Elias Zarrad Wittenberg/Linksjugend

Mitglieder im Bundesausschuss:

Ersatzmitglieder im Bundesausschuss:

Landesschiedskommission:

Landesfinanzrevisionskommission: